

## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt der Stadt Baesweiler  
am 30.06.2005 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 18.40Uhr

### Anwesend waren:

a) Stimmberechtigt:

Menke, Wilfried als Vorsitzender  
Beckers, Rolf  
*für* Deserno, Hans-Dieter  
Derichs, Hubert  
Feldeisen, Willy  
Fritsch, Dieter  
*für* Theil, Hans-Erich  
Hüttner, Manfred  
Loogen, Andreas  
*für* Geller, Thomas  
Lux, Heiko  
Mandelartz, Alfred  
Mohr, Christoph  
Neumann, Georg  
*für* Laufer, Jürgen  
Nohr, Jens  
Schöneborn, Christian  
Schmidt, Kathi  
Zillgens, Bruno

b) Beratendes Mitglied:

Coskun, Beytullaa  
Nüßer, Hans

c) Von der Verwaltung:

I. und Techn. Beigeordneter Strauch  
Beigeordneter Leßmann  
Stadtangestellte Strehl  
StOI Schröter als Schriftführer

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 21.06.2005 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Der Ausschuss war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

**Tagesordnung:**

1. Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 16.11.2004
2. Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin
3. Berufung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Ausschüsse des Rates
4. Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich der Haltestelle B 57/Hofstraße in Puffendorf
5. Verbreiterung von Gehwegen entlang der Willibrordstraße, Puffendorfer Straße und Josefstraße;  
hier: Antrag der FDP-Baesweiler
6. Verkehrsrechtliche Ausweisungen des Neubaugebietes „Von-Reuschenberg-Straße“
7. Ausweisung eines verkehrsberuhigten Bereiches in der Straße „Am Bildchen“
8. Ausweisung eines verkehrsberuhigten Bereiches in der Straße „Dilgenhof“
9. Verkehrsregelung Kirchgasse, Oidtweiler;  
hier: Antrag des Vereins der Förderer und Ehemaligen der katholischen Grundschule Oidtweiler e. V.

10. Sachstandsbericht Radverkehrsplanung;  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2004
11. Verkehrssicherere Gestaltung des Kreuzungsbereiches Siegenkamp/L 225
12. Mitteilungen der Verwaltung
13. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte die Vertreter der Verwaltung und der Presse.

1. **Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 16.11.2004**

---

Beigeordneter Leßmann erklärte, dass in der Niederschrift zur Verkehrs- und Umweltausschusssitzung vom 16.11.2004, TOP 11, ein Fehler hinsichtlich des Abstimmungsergebnisses unterlaufen sei. In der Niederschrift sei aufgenommen worden, dass der Beschluss einstimmig gefasst worden sei, tatsächlich habe es 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen gegeben. Herr Beigeordneter Leßmann bat die Ausschussmitglieder, dies entsprechend zu berücksichtigen.

Ausschussmitglied Zillgens erklärte für die SPD-Fraktion, dass er nicht damit einverstanden sei, dass die Verkehrskommission am selben Tage stattfinde wie der Verkehrs- und Umweltausschuss. Er bat darum, zukünftig - wie bereits in den vergangenen Jahren - die Verkehrskommission eine Woche vor dem Verkehrs- und Umweltausschuss stattfinden zu lassen. Ferner kritisierte er, dass den Ausschussmitgliedern nicht vorgelegt worden sei, welche Punkte bei der Verkehrskommission bereist werden sollten.

Beigeordneter Leßmann erklärte hierzu, dass ursprünglich geplant gewesen sei, nur den Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ zur Radverkehrsplanung im Ausschuss zu behandeln.

Da in den letzten Tagen vor Sitzungstermin aber noch einige Anträge bei der Verwaltung eingingen, war es aufgrund der zeitlichen Nähe nicht mehr möglich, noch einen separaten Termin für eine Kommissionsbereisung vorzuschalten.

Um den Ausschussmitgliedern aber noch die Möglichkeit zu geben, sich vor der Sitzung noch einige Tagesordnungspunkte anzusehen, habe man eine Verkehrskommissionsbereisung 1,5 Stunden vor dem Ausschusstermin festgesetzt.

Herr Beigeordneter Leßmann betonte, dass zukünftig die Verkehrskommission wieder 2 Wochen vor dem Ausschusstermin stattfinden werde.

**Beschluss:**

Der Ausschuss genehmigte einstimmig die v. g. Niederschrift.

2. **Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin**

Der Vorsitzende verwies auf die schriftliche Verwaltungsvorlage. Ohne weitere Aussprache fasste der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

Der Ausschuss bestellte einstimmig Frau Stadtangestellte Nicole Strehl zur stellvertretenden Schriftführerin.

3. **Berufung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in die Ausschüsse des Rates**

Herr Beytullaa Coskun wurde als sachkundiger Einwohner gem. § 58 Abs. 2 GO NW vom Vorsitzenden eingeführt und verpflichtet.

Herr Coskun bekundete durch Erheben vom Platz sein Einverständnis mit folgender, vom Ausschussvorsitzenden vorgelesenen Erklärung:

**„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach besten Wissen und Können wahrnehme, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“**

Über die Verpflichtung wurde eine besondere Niederschrift gefertigt, die von Herrn Coskun unterzeichnet wurde.

#### 4. **Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich der Haltestelle B 57/Hofstraße in Puffendorf**

---

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte anhand der Vorlage ausführlich die vorgesehene Umgestaltung im Bereich der Haltestelle B 57/Hofstraße in Puffendorf. Ergänzend teilte er mit, dass der Kreis Aachen auf Antrag der Verwaltung zukünftig eine mobile Messstelle in diesem Bereich vorsehen werde.

Ausschussmitglied Zillgens erklärte für die SPD-Fraktion, dass man ausführlich in der Fraktion über eine Verbesserung der Schulwegsicherung der aussteigenden bzw. einsteigenden Kinder auf der B 57 diskutiert habe. Innerhalb der Fraktion sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass es für die Schulkinder am sichersten sei, wenn der Bus zukünftig in die Aldenhovener Straße fahre, dort die Kinder an den Bushaltestellen aussteigen lasse, im Bereich des Kirmesplatzes an der Lovericher Straße wende und dann wieder Richtung B 57 fahre. Da man noch in der Planungsphase sei, bat er daher, diesen Vorschlag mit in den Beschluss aufzunehmen.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch sagte zu, den Vorschlag der SPD-Fraktion mit dem zuständigen Linienbetreiber zu besprechen.

#### **Beschluss:**

Auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 30.06.2005, TOP 1) nahm der Verkehrs- und Umweltausschuss einstimmig die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung entsprechende Planunterlagen zu erstellen und diese mit dem Landesbetrieb Straßenbau abzustimmen.

Ferner wurde die Verwaltung beauftragt, mit dem Linienbetreiber der Linie 280 abzustimmen, ob eine Linienführung in die Aldenhovener Straße möglich sei, um dort die Schulkinder an den bestehenden Bushaltestellen ein- und aussteigen zu lassen.

5. **Verbreiterung von Gehwegen entlang der Willibordstraße, Puffendorfer Straße und Josefstraße;**

**hier: Antrag der FDP-Baesweiler**

---

Der Vorsitzende verwies auf die schriftliche Verwaltungsvorlage und die Beratungen der Verkehrskommission. Ohne weitere Aussprache fasste der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

Auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 30.06.2005, TOP 2) nahm der Verkehrs- und Umweltausschuss einstimmig die Ausführungen der Verwaltungsvorlage zur Kenntnis und beauftragte diese, nach Zustimmung durch den Kreis Aachen, einen entsprechenden Förderantrag zu stellen.

6. **Verkehrsrechtliche Ausweisung des Neubaugebietes „Von-Reuschenberg-Straße“**

---

Der Vorsitzende verwies auf die schriftliche Verwaltungsvorlage und die Beratungen der Verkehrskommission. Ohne weitere Aussprache fasste der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

Auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 30.06.2005, TOP 3) beauftragte der Verkehrs- und Umweltausschuss einstimmig die Verwaltung, die „Von-Reuschenberg-Straße“ als „verkehrsberuhigten Bereich“ durch Verkehrszeichen 325/326 StVO auszuweisen.

7. **Ausweisung eines „verkehrsberuhigten Bereiches“ in der Straße „Am Bildchen“**

---

Der Vorsitzende verwies auf die schriftliche Verwaltungsvorlage und die Beratungen der Verkehrskommission. Ohne weitere Aussprache fasste der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

Auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 30.06.2005, TOP 4) beauftragten die Mitglieder des Verkehrs- und Umweltausschusses einstimmig die Verwaltung, die Straße „Am Bildchen“ als „verkehrsberuhigten Bereich“ (Zeichen 325/326 StVO) auszuweisen und diese entsprechend dem beigefügten Plan mit in die derzeit ausgewiesenen Bereiche der Werner-Reinartz-Straße und Carl-Alexander-Straße einzubinden.

8. **Einrichtung eines „verkehrsberuhigten Bereiches“ in der Straße „Dilgenshof“**

---

Beigeordneter Leßmann erklärte, dass die Verwaltung nach umfangreicher Prüfung zu dem Ergebnis gekommen sei, dass der Dilgenshof nicht als „verkehrsberuhigter Bereich“ ausgewiesen werden könne. Angesichts der in der gesamten Straße „Dilgenshof“ vorhandenen Fahrbahnbreite von 4,00 m bis 4,20 m ist es verkehrstechnisch nicht möglich, hier besondere Parkplätze auszuweisen. Derzeit werde die Straße allerdings durchaus umfangreich von den Anwohnern zum Parken genutzt. Auch würde das Parkverhalten derzeit dazu führen, dass der fließende Verkehr gehindert werde, schnell zu fahren. Diese bisher genutzten Parkmöglichkeiten würden bei Umwandlung in einen „verkehrsberuhigten Bereich“ komplett entfallen, ohne dass hierfür im Bereich der Straße „Dilgenshof“ bzw. in der näheren Umgebung Ersatz geschaffen werden könne.

Ferner führte Herr Beigeordneter Leßmann an, dass nach bisheriger eindeutiger Beschlusslage, „verkehrsberuhigte Bereiche“ nur auf solchen Straßen anzulegen seien, die durch bauliche Maßnahmen erkennbar als „verkehrsberuhigter Bereich“ ausgestattet seien. Üblich seien daher insbesondere Baumscheiben, Blumenkübel oder Aufpflasterungen. Angesichts der geringen Fahrbahnbreiten scheidet aber derartige bauliche Maßnahmen aus, da ansonsten die Durchfahrt für Rettungs- und Entsorgungsfahrzeuge nicht mehr gegeben sei.

Ausschussmitglied Mohr erklärte für die CDU-Fraktion, dass er derzeit keine andere Möglichkeit sehe, dem Anliegen der Anwohner gerecht zu werden, als die bereits vorgeschlagenen Maßnahmen der Verwaltungsvorlage umzusetzen. Insbesondere eine Ausweisung als „verkehrsberuhigter Bereich“ des Dilgenshofs würde erhebliche Parkprobleme mit sich bringen, die sicherlich in dem Maße auch nicht von den Anwohnern gewollt seien. Seine Fraktion werde daher dem Beschlussvorschlag folgen.

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass seiner Meinung nach der Antrag der Anwohner entstanden sei, als die Lichtsignalanlagen am Reyplatz noch in Betrieb waren. Seinerzeit sei es sicherlich so gewesen, dass Kraftfahrer den Dilgenshof und im Anschluss den Wolfsweg als Abkürzungsmöglichkeit genutzt haben. Nach Abschaltung der Lichtsignalanlagen könne von einer abkürzenden Strecke nicht mehr die Rede sein.

Auch könne er verstehen, dass aufgrund des derzeit vorhandenen Ausbaus des Dilgenshof eine Ausweisung als „verkehrsberuhigter Bereich“ nicht in Frage komme. Seiner Meinung nach sei die Ausweisung von Tempo-30 aber für den Dilgenshof zu hoch und er schlage daher vor, diesen als Tempo-10 auszuweisen.

Ausschussmitglied Zillgens erklärte für die SPD-Fraktion, dass man den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ausweisung des Dilgenshofs als Tempo-10-Zone unterstützen werde. Zusätzlich schlage seine Fraktion vor, als weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen „Kölner Kissen“ auszuweisen. Ferner fragte Herr Zillgens an, ob er das Ergebnis der Verkehrszählung erfahren könne.

Beigeordneter Leßmann antwortete auf die Anfrage des Ausschussmitgliedes Zillgens, dass Verkehrszählungen zu verschiedenen Tageszeiten ergeben haben, dass maximal 15 Fahrzeuge, im Regelfall 10 Fahrzeuge, den Dilgenshof befahren haben und so das Kfz-Aufkommen als niedrig zu bezeichnen sei.

Hinsichtlich der Aufbringung von „Kölner Kissen“ erklärte Herr Beigeordneter Leßmann, dass jedes einzelne Kissen ca. 1.000,00 € kosten würde und die Verwaltung derzeit intern, aufgrund einer Vielzahl von Anträgen auf Anbringung von Kissen bzw. Bodenschwellen, überlege, eine Prioritätenliste zu erstellen, in welchen Straßen Kissen bzw. Bodenschwellen aufgebracht werden können. Aufgrund der hohen Kosten, die durch die entsprechende Anschaffungen entstehen würden, wird dieses Thema im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2006 noch weiter thematisiert werden.



Hinsichtlich der Thematik der Ausschilderung von Tempo-10-Zonen erklärte Herr Beigeordneter Leßmann, dass bisher sowohl der Ausschuss wie auch die Verwaltung die mehrheitliche Auffassung vertreten habe, dass es sinnvoll sei, lediglich Tempo-30-Zonen bzw. „verkehrsberuhigte Bereiche“ als einheitliche verkehrsrechtliche Beschilderungen auszuweisen. Sofern man verschiedene verkehrsberuhigte Ausschilderungen vornehmen würde, würden diese sicherlich nicht mehr so aufmerksam vom Kraftfahrzeugfahrer beachtet werden. Diese einheitliche Ausschilderung sollte daher unbedingt beibehalten bleiben.

Ausschussmitglied Beckers fügte seinen vorhergehenden Äußerungen noch hinzu, dass er sicherlich verstehen könne, dass aufgrund nicht gegebener baulicher Voraussetzungen Straßen nicht als „verkehrsberuhigte Bereiche“ ausgewiesen werden können. In diesen Fällen sollte man allerdings von der einheitlichen Beschilderung von Tempo-30-Zonen abweichen und diese Straßen als Tempo-10-Zonen auszuweisen. Hier sehe er eindeutige Ausnahmen, die sicherlich nicht dazu führen würden, die bisherige einheitliche Beschilderung von Tempo-30-Zonen und „verkehrsberuhigten Bereichen“ in Baesweiler aufzuweichen. Insbesondere in Straßen, in denen Kinder besonders gefährdet seien, aber die baulichen verkehrsrechtlichen Voraussetzungen nicht vorliegen, würde die Ausweisung von Tempo-10-Zonen eine enorme Verbesserung mit sich bringen.

Ausschussvorsitzender Menke erklärte, dass es sich beim Dilgenhof sicherlich nicht um einen besonders gefährdeten Bereich handelt und er daher keinen Handlungsbedarf für verkehrsrechtliche Maßnahmen sehe.

**Beschluss:**

Ausschussvorsitzender Menke stellte nach vorangegangener Diskussion den Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der vorsieht den Dilgenhof als Tempo-10-Zone auszuweisen, zur Abstimmung.

Dieser Beschlussvorschlag wurde mit 4 Ja-Stimmen und 11-Nein-Stimmen abgelehnt.

Danach stellte der Ausschussvorsitzende Menke den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion, im Bereich des Spielplatzes im Dilgenhof, Kölner Kissen aufzubringen, zur Abstimmung.

Dieser Beschlussvorschlag wurde mit 4 Ja-Stimmen und 11-Nein-Stimmen abgelehnt.

Sodann beschloss der Ausschuss mit 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

**9. Verkehrsregelung Kirchgasse, Oidtweiler;****hier: Antrag des Vereins der Förderer und Ehemaligen der katholischen Grundschule Oidtweiler e. V.**

Ausschussvorsitzender Menke erklärte, dass ihm heute noch ein Schreiben von Frau Ute Thoennißen, vom Verein der Förderer und Ehemaligen der katholischen Grundschule Oidtweiler e. V., zugekommen sei, in dem nochmals betont wurde, dass es bei dem Antrag auf Aufstellung eines Pollers in der Kirchgasse ausschließlich um eine Verbesserung der Schulwegsicherung gehen würde. Auch sei nochmal in dem Schreiben hervorgehoben worden, dass nicht nur der Verein der Förderer und Ehemaligen der katholischen Grundschule Oidtweiler hinter dem Antrag stehen würde, sondern auch die Schulleitung und die Schulpflegschaft.

Beigeordneter Leßmann erläuterte ausführlich die Verwaltungsvorlage und hob hervor, dass die vorgeschlagene Abbindung der Kirchgasse durch einen Poller rechtlich eine Teileinziehung der Straße bedeuten würde. Eine solche Teileinziehung würde ein formelles Verfahren mit sich führen, an dem alle Anwohner zu beteiligen seien. Gegenüber der Verwaltung hätten bereits schon der in der Kirchgasse ansässige Landwirt wie auch einige Anwohner des betroffenen Teilstücks signalisiert, dass sie mit einer Einziehung keinesfalls einverstanden seien. Es sei daher zu befürchten, so Herr Beigeordneter Leßmann, dass diese ein gerichtliches Verfahren anstreben und aufgrund der eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten durch den Poller auch wahrscheinlich bei Gericht Recht erlangen würden.

Sicherlich sehe die Verwaltung auch die Problematik für Schulkinder beim Durchgehen der Kirchgasse im engen Bereich. Aufgrund der v. g. Problematik einer Teileinziehung sehe die Verwaltung allerdings keine andere Möglichkeit, als die verkehrsrechtliche Beschilderung zu ändern und in Zusammenarbeit mit der Polizei regelmäßige Kontrollen durchzuführen, um so zu gewährleisten, dass der Schulweg in diesem Bereich für Kinder wieder sicherer gestaltet werde. Parallel hierzu werde die Verwaltung in weiteren Gesprächen mit dem dort ansässigen Landwirt versuchen, Landerwerb zum Errichten eines Gehweges zu tätigen.

Ausschussmitglied Mandelartz erklärte für die SPD-Fraktion, dass der Ausschuss sich schon seit vielen Jahren mit der Problematik des Durchfahrens der Kirchgasse in dem gesperrten Teil beschäftigt habe. Hauptursache für die derzeit bestehende Problematik der Schulwegsicherung sehe er darin, dass viele Pkw-Fahrer die derzeitige Beschilderung missachten würden. Durch die vorgeschlagene Änderung der verkehrsrechtlichen Beschilderung und einer Kontrolle durch die Polizei würde es sicherlich zu einer Verbesserung kommen, so dass seine Fraktion den Beschlussvorschlag unterstützen werde.

Auch Ausschussmitglied Mohr erklärte für die CDU-Fraktion, dass er denke, dass durch eine Änderung der verkehrsrechtlichen Beschilderung und einer entsprechenden Kontrolle durch die Polizei die Schulkinder wieder sicherer die Kirchgasse durchgehen können.

**Beschluss:**

Auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 30.06.2005, TOP 6) beschloss der Ausschuss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, das Verbot für Kraftfahrzeuge auf dem Teilstück der Kirchgasse zwischen der Pastor-Strang-Straße und der Martinstraße durch beidseitige Beschilderung auszuweisen und statt durch das Schild „Anlieger frei“ durch ein Schild mit der Aufschrift „Anwohner und Besucher der Kirchgasse 1 - 57 sowie Entsorgungs- und Rettungsfahrzeuge frei“ einzuschränken. Die Verwaltung soll mit der Polizei Gespräche über eine regelmäßige Kontrolle der Einhaltung des Verbotes für Kraftfahrzeuge auf diesem Teilstück führen. Ferner wird die Verwaltung beauftragt, mit dem dort ansässigen Landwirt in Verhandlungen über einen möglichen Grunderwerb zur Anlage eines begleitenden Gehweges zu treten.

10. **Sachstandsbericht der Radverkehrsplanung im Stadtgebiet Baesweiler;**

**hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2004**

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte vorab, dass der Verwaltung ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegt, der sich nur mit den Radverkehrsanlagen an Bundes und Landstraßen beschäftigt. Da die Thematik allerdings sehr komplex sei, hat die Verwaltung die Gelegenheit ergriffen, einen entsprechenden Sachstandsbericht zur Radverkehrsplanung im Stadtgebiet Baesweiler zu erstellen. Aufgrund erneuter Gespräche mit dem Landesbetrieb, insbesondere auch im Hinblick auf den gestellten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, haben sich einige Maßnahmen ergeben, die zukünftig umgesetzt werden können, und in der Vorlage mit entsprechendem Beschlussvorschlag dargestellt sind.

1. **Kreisverkehr B 57/L 240 n:**

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass seiner Meinung nach die derzeitige verkehrsrechtliche Ausschilderung problematisch für Radfahrer sei und insbesondere bei Pkw-Fahrern zu Irritationen führen würde. Sein Vorschlag sollte allerdings nur als Denkanstoß dienen, ob andere sinnvollere Verkehrsregelungen möglich seien. Er werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

**Beschluss:**

Der Verkehrs- und Umweltausschuss beschloss einstimmig, es bei der bestehenden verkehrsrechtlichen Regelung für Radfahrer am Kreisverkehr B 57/L 240 n zu belassen.

2. **Einmündung B 57/Schwarzer Weg:**

Der Vorsitzende verwies auf die schriftliche Verwaltungsvorlage. Ohne weitere Aussprache fasste der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt beauftragte einstimmig die Verwaltung, beim Kreis Aachen zu beantragen, die Radwegebeschilderung im Bereich B 57/Schwarzer Weg dahingehend zu ändern, dass eine Routenbeschilderung nach Übach-Palenberg über den Wirtschaftsweg gegenüber der Einmündung B 57/Schwarzer Weg ausgeschildert wird.

5. **Aachener Straße (zwischen Kapellenstraße und Jülicher Straße):**

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass der Beschlussvorschlag für ihn unbefriedigend sei. Seiner Meinung nach würden viele Radfahrer die Aachener Straße befahren, um zu den dort gelegenen Geschäften zu gelangen. Daher sehe er hier dringenden Bedarf, die Verkehrssicherheit für Radfahrer zu verbessern. Er schlug vor, statt der vorgeschlagenen Schutzstreifen, Radfahrstreifen, die bis zu einem Kfz-Anteil von 18.000 Fahrzeugen am Tag möglich seien, zu markieren. Er schlug daher vor, den Beschlussvorschlag auszusetzen, um über andere Möglichkeiten, wie z. B. die Anlegung eines Radfahrstreifens, für die Aachener Straße nachzudenken.

Ausschussmitglied Zillgens erklärte für die SPD-Fraktion, dass er sich den Ausführungen von Herrn Beckers anschließe und auch seinen Antrag auf Aussetzung des Beschlusses unterstützen werde.

Ausschussmitglied Mohr erklärte für die CDU-Fraktion, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen werde und verwies auch noch auf die bestehende Parallelroute zur Aachener Straße über die Parkstraße.

**Beschluss:**

Der Verkehrs- und Umweltausschuss lehnte mit 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Beschlussvorschlag auszusetzen, ab.

Er beschloss daraufhin mit 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen, die Verwaltung zu beauftragen, die vorgesehene Radverkehrsführung parallel zur Aachener Straße über die Peterstraße und Grabenstraße - Friedensstraße - Maarstraße bzw. Grabenstraße - Fringsstraße - Antoniusstraße, durch einen entsprechenden Wegweiser auszuweisen und diesen in das landesweite Radverkehrsnetz einzufügen.

Die Ausweisung von Schutzmarkierungen auf der Aachener Straße wurde abgelehnt.

9. **B 57/Wolfsgasse:**

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Problematik auf der Hauptstraße für den Radfahrer ähnlich zu sehen sei wie die auf der Aachener Straße. Da sicherlich in Teilbereichen der Hauptstraße aufgrund nicht gegebener Fahrbahnbreiten die Markierung von Schutzstreifen nicht vorgenommen werden könne, schlug er vor, die derzeit zeitlich beschränkte Tempo-30-Strecken-Beschilderung zu entfernen und ganztätig Tempo-30 auszuweisen, um so einen gewissen Schutz für Radfahrer zu ermöglichen.

**Beschluss:**

Der Verkehrs- und Umweltausschuss beschloss mit 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen die Markierung von Schutzstreifen auf der Hauptstraße abzulehnen und sich dafür auszusprechen, es bei der derzeit bestehenden verkehrsrechtlichen Regelung zu belassen.

11. **B 57/B 56:**

Der Vorsitzende verwies auf die schriftliche Verwaltungsvorlage ohne weitere Aussprache fasste der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

Einstimmig beschloss der Verkehrs- und Umweltausschuss, die Verwaltung zu beauftragen, den Radverkehr zukünftig entsprechend den in der Vorlage aufgeführten Ausführungen auf der Aldenhovener Straße zwischen Ortseingang und Lichtsignalanlage zu führen.

Danach können Radfahrer zukünftig nach Ausschilderung der Aldenhovener Straße als Tempo-30-Zone, aus Richtung Puffendorf kommend, im Mischverkehr bis ca. 50 m vor der Lichtsignalanlage fahren und werden dann durch eine noch zu schaffende entsprechende Auffahrt auf den derzeit vorhandenen Radweg, unmittelbar vor der Puffendorfer Kreuzung, geleitet. Aus Richtung Puffendorfer Kreuzung wird der Radfahrer ebenfalls ca. 50 m hinter der Lichtsignalanlage auf die Fahrbahn geführt werden. Die derzeit vorhandenen Radwegstücke werden von Pflanzenbewuchs befreit, so dass auch diese breiter werden.

12. **Aldenhovener Straße:**

Der Vorsitzende verwies auf die schriftliche Verwaltungsvorlage. Ohne weitere Aussprache fasste der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt beschloss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, die Radwegeverbindung Geilenkirchen - Puffendorf/Baesweiler über Aldenhovener Straße - Lovericher Straße - Wirtschaftsweg/Radweg entlang der B 56 n als kurzfristige Maßnahme auszuweisen.

13. **L 240:**

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass entlang der L 240 im Bereich Arnold-Sommerfeld-Ring und Beggendorf einige Maßnahmen für den Radverkehr umgesetzt worden sind. Allerdings kritisierte er den Landesbetrieb Straßenbau NRW dafür, dass seinerzeit entlang der L 240 n kein baulicher Radweg angelegt worden sei, obwohl dies dringend notwendig gewesen sei.

**Beschluss:**

Der Verkehrs- und Umweltausschuss beauftragte einstimmig die Verwaltung, eine Radwegebeschilderung ab dem Knoten L 240/Ludwig-Erhard-Ring entlang der L 240 - Langgasse - L 240 auszuweisen.

14. **L 225:**

Ausschussmitglied Beckers hob für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor, dass der Pflegezustand des Radweges entlang der L 225 zwischen Gewerbegebiet Baesweiler und Übach-Palenberg sehr schlecht sei und hier Handlungsbedarf bestehe. Ferner kritisierte er, dass der seinerzeit gepflasterte Radweg teilweise katastrophal sei und für Radfahrer nicht mehr befahrbar. Er bat daher die Verwaltung Kontakt mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW aufzunehmen, mit der Intention, zukünftig den gepflasterten Radweg durch eine Schwarzteerdecke auszutauschen.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch antwortete hierzu, dass der Verwaltung der schlechte Pflegezustand des v. g. Radweges auch bereits aufgefallen und der Landesbetrieb entsprechend gebeten worden sei, hier Abhilfe zu schaffen. Auch werde die Verwaltung gerne die Anregung von Herrn Beckers weitergeben, den schlechten baulichen Zustand des Radweges zu verbessern. Aufgrund der geringen finanziellen Mittel an Landstraßen, werde es hier sicherlich keine schnelle Änderung geben.

15. **L 50/Schmiedstraße:**

Der Vorsitzende verwies auf die schriftliche Verwaltungsvorlage. Ohne weitere Aussprache fasste der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt beschloss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, alle Verkehrszeichen 240 StVO (gemeinsamer Rad-/Gehweg) und 205 StVO (Vorfahrt achten) auf den Querungshilfen an dem Kreisverkehr L 50/Adenauerring zu entfernen.

17. **Mariastraße:**

Ausschussmitglied Beckers bat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Verwaltung um Sachstand, ob die Mariastraße zwischen Aachener Straße und Peterstraße aufgrund ihres „verkehrsberuhigten Ausbaus“ auch verkehrsrechtlich entsprechend als „verkehrsberuhigter Bereich“ ausgewiesen werden könnte.

I. und Tech. Beigeordneter Strauch sagte eine Überprüfung zu.

18. **Kapellenstraße:**

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass er es für dringend geboten halte, die Radwegekanten im Zuge der Radwege entlang der Kapellenstraße auf „0“ abzusenken. Hier sollten seiner Meinung nach nochmals mit dem Kreis Aachen als zuständiger Straßenbaulastträger Gespräche geführt werden.

25. **Breite Straße:**

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass sich derzeit der Ausbau der Breite Straße sowie des Reyplatzes noch im Planungsstadium befinden würde. Er bat daher die Verwaltung zu überprüfen, ob bauliche Maßnahmen möglich seien, den Radverkehr entgegen der Einbahnstraßenregelung der Breite Straße bzw. Reyplatz zu führen, da er hier entsprechenden Handlungsbedarf sehe.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch antwortete hierzu, dass die Überplanung des Reyplatzes sowie der Breite Straße im nächsten Bau- und Planungsausschuss nach der Sommerpause vorgestellt werde und dann hierbei auch die Führung des Radverkehrs noch diskutiert werden könne. Sicherlich werde auch im Verkehrs- und Umweltausschuss die Planung vorgestellt werden.

28. **Carlstraße/An der Waad/Herzogenrather Weg/Albert-Schweitzer-Straße:**

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte anhand eines Planes ausführlich die Verwaltungsvorlage und hob insbesondere folgende Punkte des Konzeptes hervor:

- Die Carlstraße wird zwischen Mariastraße und Herzogenrather Weg für den Zweirichtungsverkehr freigegeben, so dass Radfahrer, wie auch der Kraftfahrverkehr, von der Mariastraße in Richtung Kapellenstraße über die Carlstraße fahren können.
- Der Radverkehr wird ab dem Reyplatz entlang der Carlstraße über ein Hochbord bis zur Mariastraße und dann weiter über die Fahrbahn in Richtung Kapellenstraße entlang der Carlstraße geführt.



- Die Straße „An der Waad“ zwischen Wolfsweg und Geilenkirchener Straße wird für den Zweirichtungsverkehr freigegeben, so dass sich für den Kfz-Verkehr auch noch weniger Anlass bietet in Richtung Reyplatz/„Dilgenshof“ zu fahren oder die Mittelstraße zu befahren.

Ausschussmitglied Zillgens erklärte für die SPD-Fraktion, dass das vorgestellte Konzept nicht den Radverkehr in der Albert-Schweitzer-Straße berücksichtige. Auch hier sollten Möglichkeiten geschaffen werden, den Radfahrer entgegen der Einbahnstraße zu führen. Auch wisse er, dass in der Albert-Schweitzer-Straße relativ schnell gefahren werde, so dass seiner Meinung nach die Ausweisung von alternierenden Parkplätzen, verbunden mit einer entsprechenden Radverkehrsplanung, hier Abhilfe schaffen könnte. Er bat darum, seinen Vorschlag entsprechend im Beschlussvorschlag zu berücksichtigen.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch antwortete hierzu, dass vor einigen Jahren eine Bürgerbefragung in der Albert-Schweitzer-Straße ergeben habe, dass sich der überwiegende Teil der Anwohner gegen die Öffnung der Einbahnstraße zum Zweirichtungsverkehr aussprach. Ferner habe der damalige Straßenbaulastträger, der Landesbetrieb Straßenbau NRW, eine bauliche Anlage eines Radweges entgegen der Einbahnstraße gefordert. Da die Kosten hierfür bei 400.000,00 € lagen, sah man das Verhältnis Nutzen und Kosten als nicht ausreichend genug für einen entsprechend Radwegebau gegen den Willen der Bürger an.

Ausschussmitglied Beckers forderte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ebenfalls wie die SPD-Fraktion, den Radverkehr in der Albert-Schweitzer-Straße gegen die Einbahnstraße zu führen. Es sei bereits der Anfang mit dem Radwegteilstück zwischen Urweg und Siegenkamp gemacht worden, so dass hier ein sinnvoller Anschluss vorgenommen werden könnte. Er bat daher die Verwaltung um Überprüfung, ob entsprechende Landesmittel zur Förderung des Radwegbaus derzeit beantragt werden können.

Ausschussvorsitzender Menke führte aus, dass in der heutigen Sitzung ein Beschlussvorschlag hinsichtlich der Radverkehrsführung in der Albert-Schweitzer-Straße nicht vorliege, es sei denn, dass ein entsprechender Antrag gestellt werde.

Ausschussmitglied Zillgens erwiderte daraufhin, dass seine Fraktion einen entsprechenden Antrag für den nächsten Verkehrs- und Umweltausschuss vorbereiten werde.

**Beschluss:**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, das in der Sitzung vorgestellte Konzept zur Öffnung der Carlstraße und der Straße „An der Waad“ umzusetzen.

Ferner wurde die Verwaltung beauftragt, den Herzogenrather Weg, die Carlstraße und die Straße „An der Waad“ als Tempo-30-Zone auszuweisen. Die derzeit bestehende Vorfahrtsregelung soll aber bestehen bleiben.

30. **Fahrradabstellkonzept:**

Ausschussmitglied Beckers regte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, an den beiden Baesweiler Rathäusern und dem ITS im Gewerbegebiet vorbildliche Fahrradabstellanlagen für Mitarbeiter und Besucher aufzustellen.

31. **Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden NRW“:**

Ausschussmitglied Beckers bedankte sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die ausführliche Ausarbeitung des Sachstandsberichtes zum Thema Radverkehr.

Er stellte fest, dass sich in den vergangenen 8 Jahren seit Antragstellung an die Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden NRW“ einiges in punkto Radverkehr in Baesweiler getan habe, wobei auch anzumerken sei, dass teilweise über längere Zeiträume keine Fortbewegung festzustellen gewesen sei, insbesondere hinsichtlich der Einstellung beim Landesbetrieb Straßenbau NRW.

Er begrüßte nun die Bemühungen der Stadt, wieder Gespräche mit der Arbeitsgemeinschaft zu führen, da eine dortige Mitgliedschaft sicherlich ein positives Aushängeschild für die Verwaltung sei.

Ausschussmitglied Mohr bedankte sich ebenfalls für die CDU-Fraktion für die ausführliche Verwaltungsvorlage und begrüßte ebenfalls nochmals die Bemühungen der Verwaltung in die Arbeitsgemeinschaft aufgenommen zu werden.

Auch Herr Zillgens bedankte sich für die SPD-Fraktion für die vorgestellte Verwaltungsvorlage und hob hervor, dass aufgrund der bisher geleisteten Arbeit und der noch umzusetzenden Maßnahmen die Stadt Baesweiler auf einem guten Weg sei, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft zu werden.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wurde einstimmig vom Verkehrs- und Umweltausschuss beauftragt, nach Umsetzung der sich aus dieser Vorlage ergebenden Einzelmaßnahmen erneut mit der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden NRW“ Gespräche über eine Aufnahme in diese Arbeitsgemeinschaft zu führen. Sollten für eine solche Aufnahme weitere Maßnahmen erforderlich sein, soll die Verwaltung hierüber in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Verkehr und Umwelt berichten.

**11. Verkehrssicherere Umgestaltung des Kreuzungsbereiches Siegenkamp/L 225**

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte ausführlich die Verwaltungsvorlage und hob die 3 Punkte hervor, die zur Lösung des verkehrstechnischen Problems im Bereich Siegenkamp vom Landesbetrieb Straßenbau grundsätzlich benannt worden sind:

- Über- oder Unterführung der L 225 durch die Straße Siegenkamp als Brückenbauwerk bzw. Tunnellösung,
- Umbau mittels Lichtsignalanlage,
- Umbau zu einem Kreisverkehrsplatz.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch stellte klar, dass die Verwaltung den Umbau des Knotens Siegenkamp/L 225 als Kreisverkehrsplatz bevorzuge, da diese Lösung für schwächere Verkehrsteilnehmer eine gefahrlose Kreuzungsmöglichkeit biete und gleichzeitig das Geschwindigkeitsniveau auf der L 225 reduziere. Von Seiten des Landesbetriebes Straßenbau NRW werde allerdings die Lösung einer Brücke oder einer Untertunnelung favorisiert. Aus Sicht des Landesbetriebs bestehe der wesentliche Vorteil dieser Lösung darin, dass schwächere Verkehrsteilnehmer, wie Radfahrer und Fußgänger, kreuzungsfrei mit der L 225 die Wegstrecke von Setterich nach Baesweiler und umgekehrt zurücklegen können. Herr Strauch wies allerdings darauf hin, dass die Anliegerverkehre aus den Wohnbereichen Siegenkamp und Im Weinkeller die Anschlussstelle an die L 225 verlieren und die Verbindung lediglich ortsinternen Charakter erhalten würde.

Ausschussmitglied Mohr erklärte für die CDU-Fraktion, dass seine Fraktion den Bau eines Brückenbauwerkes bzw. Tunnels, ausschließlich für Radfahrer und Fußgänger, als Ideallösung befürworte. Hierdurch würde eine sicherere Querung für Radfahrer und Fußgänger entstehen und gleichzeitig könne der Anschluss des Siegenkamps bzw. der Straße Im Weinkeller an die L 225 bestehen bleiben.

Ausschussmitglied Beckers erklärte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass er es für wichtig halte, dass die Anbindung der Straßen Im Weinkeller und Siegenkamp an die L 225 weiter bestehen bleiben muss. Er befürwortete daher den Beschlussvorschlag.

### **Beschluss:**

Der Verkehrs- und Umweltausschuss beschloss mit 11 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen die Verwaltung zu beauftragen, beim Landesbetrieb Straßenbau NRW zur sicheren Führung von Radfahrern und Fußgängern den Bau eines Brückenbauwerkes über die L 225 bzw. eines Tunnels unter die L 225 zu beantragen. Die derzeitige verkehrsrechtliche Führung des Kraftfahrzeugverkehrs, insbesondere die Anbindung der Straßen „Im Weinkeller“ und Siegenkamp an die L 225, soll bestehen bleiben.

Sodann stimmte der Ausschuss mit 4 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung, der vorsah, diese zu beauftragen, gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau NRW auf eine verkehrstechnische Entschärfung des Kreuzungsbereiches Siegenkamp/L 225 hinzuwirken, wobei eine Umgestaltung zu einem Kreisverkehrsplatz als Lösungsvariante anzustreben war.

## **12. Mitteilungen der Verwaltung**

- a) Beigeordneter Leßmann erklärte, dass der Verwaltung noch ein Antrag der CDU-Setterich hinsichtlich der Unfallstatistik im Stadtgebiet Baesweiler vorliege. Da der Verwaltung der Verkehrsbericht der Polizei von 2004 noch nicht vorliege, konnte der Antrag noch nicht entsprechend bearbeitet werden. Er könne allerdings schon nach Gesprächen mit der Polizei mitteilen, dass die Unfallzahlen für das I. Halbjahr 2005 gegenüber dem Jahr 2004 gesunken seien. Insbesondere sei auch die Zahl der Unfälle mit Kindern zurückgegangen.
- b) Beigeordneter Leßmann informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass die CDU-Fraktion in der Städteregion-Verbandsversammlung beantragt habe, einen regionalen Handwerkerparkausweis einzuführen. Hierdurch sollen Handwerker zukünftig die Gelegenheit haben, in der gesamten Region zeitlich unbegrenzt auf Kurzparkzonenparkplätzen oder im Bereich von Parkscheinautomaten kostenlos zu parken.

Eine endgültige Entscheidung sei allerdings noch nicht getroffen worden, zumal man noch keine Einigkeit darüber getroffen habe, ob Handwerker auch zukünftig innerhalb „verkehrsberuhigter Bereiche“ außerhalb der markierten Parkplätze parken dürften. Hier habe insbesondere die Verwaltung Bedenken vorgebracht, da das Parken außerhalb der gekennzeichneten Flächen im Stadtgebiet Baesweiler zu erheblichen Behinderungen für Rettungsfahrzeuge führen würde.

Der Handwerkerparkausweis soll dann nicht nur im Kreis Aachen sondern auch für die Kreise Heinsberg und Düren gelten, wobei eine einheitliche Gebühr angestrebt werde.

13. **Anfragen von Ausschussmitgliedern**

---

Anfragen von Ausschussmitgliedern wurden nicht gestellt.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

(Menke)

(Schröter)